

# **Redebeitrag auf unserer Kundgebung „Rechtsruck stoppen – Demokratie verteidigen!“ am 16. März 2024**

Hallo Hersbruck!

Mitte Januar haben Journalist\*innen von Correctiv über ein Treffen von Rechtsextremist\*innen unter Beteiligung von AFD und CDU Mitgliedern in Potsdam berichtet. Dort wurde die millionenhafte Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland besprochen. Auch Flüchtlingshelfer\*innen und andere missliebige Menschen wurden damit bedroht.

Der Bericht führte zu einer bundesweiten Protestwelle, die auch heute - zehn Wochen danach - noch anhält. Weit über eine Million Menschen sind seitdem gegen die AFD und ihre menschenverachtenden Pläne, aber auch gegen den seit Langem um sich greifenden Rechtsruck auf die Straße gegangen. Auch bei uns in Hersbruck protestierten Anfang Februar in diesem Zusammenhang werktags zur Arbeitszeit mehr als 300 Menschen gegen einen AFD-Infostand am Unteren Markt.

Die vielen Kundgebungen waren für alle ein Befreiungsschlag, die den Wahlergebnissen und Umfragen, aber auch der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Jahre oftmals nur noch frustriert gegenüber standen. Auch hier bei uns in Hersbruck führte das jetzt zu einer Initialzündung: In den letzten Wochen hat sich das überparteiliche Bündnis "Hersbruck ist bunt - Gegen Rechtsradikalismus, für Demokratie" gegründet. Menschen aus verschiedenen Vereinen, Parteien und Hilfsorganisationen, aber auch Privatpersonen, haben sich zusammengesetzt und beschlossen, sich hier vor Ort zu engagieren. Wir wollen dafür sorgen, dass auch in Hersbruck ein Augenmerk auf rechtsradikale und undemokratische Entwicklungen gelegt wird. Wir wollen Ansprechpartnerin sein, vernetzen und einen Rahmen schaffen, in dem rechtsradikalen Umtrieben effektiv entgegengetreten werden kann. Wenn ihr über unsere Arbeit informiert bleiben wollt, wir haben hier am Platz überall kleine Plakate mit unserer Email-Adresse [bunteshersbruck@googlemail.com](mailto:bunteshersbruck@googlemail.com) ausgehängt – schreibt uns und wir registrieren euch für unseren Newsletter.

In den letzten Monaten mussten wir aber auch immer wieder beobachten, wie von Seiten der etablierten Politik rechtspopulistische Positionen übernommen wurden, die wir zuvor nur von rechtsradikalen Parteien wie der AFD gehört haben.

Da wird, statt sich mit Sachproblemen zu beschäftigen, ein Kulturkampf über das Gendern geführt. Geflüchtete werden für knappe Zahnarzttermine verantwortlich gemacht. Mit dem sog. "Rückführungsverbesserungsgesetz" sorgt sich auch die Bundesregierung mehr darum, angebliche Protestwähler\*innen zu umgarnen, als die mehr als eine Million Demonstrant\*innen der letzten Wochen ernst zu nehmen.

In Kürze werden Geflüchtete zu einer Bezahlkarte verpflichtet, die sie von vielen Möglichkeiten sparsamer Lebensführung ausschließt und im öffentlichen Leben weiter an den Rand drängen und stigmatisieren wird.

Dabei kann in diesem Zusammenhang nicht einmal von einer finanziellen Entlastung der Kommunen die Rede sein:

Allein in Berlin wird die Einführung der Bezahlkarte geschätzt 10 Millionen Euro jährlich kosten - bei einem Volumen von etwa 3 Millionen Euro an Barauszahlungen - wir lassen es uns wirklich etwas kosten, AFD-Wähler\*innen hinterherzurennen.

Ich weiß nicht wie es euch geht - für mich klingt es sinnvoller, dieses Geld in die Finanzierung von Unterkünften oder in Präventionsprogramme und die Bekämpfung von Rechtsradikalismus zu investieren. Aber die Zeichen dafür stehen schlecht in Zeiten, in denen das neue CDU Grundsatzprogramm das individuelle Asylrecht gleich komplett abschaffen will.

Es liegt also an uns, diesen unmoralischen und kontraproduktivem Umgang mit dem Problem des immer weiter um sich greifenden Rechtsextremismus anzuprangern. So werden rechtsradikale Positionen legitimiert und politische Einstellungen verfestigt, nicht bekämpft. Die inhaltliche Brücke der Rechtsradikalen in die Gesellschaft wurde nicht nur beim Potsdamer Vertreibungstreffen deutlich: Es waren eben nicht nur die klassischen Nazis, die sich dort getroffen haben. Auch rechte CDU Mitglieder waren dort anwesend und bezahlten jeweils über 5.000 Euro, um dabei sein zu dürfen.

Hier in Bayern haben wir einen stellvertretenden Ministerpräsidenten, der bei jüdischen Gemeinden als Persona-non-grata gehandelt wird, der beständig am rechten Rand zündelt und Menschen, die gegen Rechtsradikalismus demonstrieren diffamiert.

Das muss alles aufhören!

Von den großen Parteien wird in letzter Zeit viel von Brandmauern gesprochen. Aber wie sollen wir denn das vor diesem Hintergrund ernstnehmen?

Es braucht einen grundsätzlichen Wechsel in der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft mit den Rechtsradikalen umgeht. Denn wo stehen wir nach Jahren des Beschwichtigens und Hinterherlaufens? In drei ostdeutschen Bundesländern steht die AFD mittlerweile kurz vor einer Regierungsbeteiligung und auch bundesweit ist sie erschreckend stark. Es muss ein Aufschrei durch die Gesellschaft gehen, denn es heißt längst nicht mehr „Wehret den Anfängen“.

Wir stehen heute zusammen hier auf dem Marktplatz. Viele von uns sind – zumindest noch – nicht persönlich von der Hetze der AFD und dem Rechtsruck der Gesellschaft betroffen. Andere spüren die Auswirkungen schon seit langem. Ganz sicher sind wir, die wir hier stehen, uns nicht in allen Fragen einig. Aber wir stehen gemeinsam hier - das ist unsere Stärke, die wir gegen die Rechtsradikalen und gegen die, die ihnen Vorschub leisten, anbieten können!

Wir stehen hier GEGEN den Rechtsruck und FÜR unsere demokratische Gesellschaft, FÜR die bei uns lebenden Geflüchteten und FÜR alle anderen von Diskriminierung, von verbalen und physischen Angriffen Betroffenen - wie in letzter Zeit auch immer wieder unsere Freund\*innen von den Grünen.

**IHR SEID NICHT ALLEINE!**

Auch Neumarkt und Feuchtwangen steht übrigens heute hinter euch, dort wird gerade ebenfalls gegen Rechtspopulismus und den Rechtsruck bei uns im Land demonstriert.

Vielen Dank euch allen für's kommen!